



<https://biasyl-regensburg.de/>

Email: bi.asyl@yahoo.com

Rede - Manuskript Kundgebung 02.06. 2023

„Menschenrechte verteidigen! Grenzen öffnen: Gegen die EU Abschottung“

„Die Grenzen in Europa waren nie brutaler“ betitelt die MZ am 21. Nov 22 ein Gespräch mit Gordon Isler, dem Vorsitzenden von Sea-Eye. Nach Plänen von EU und Bundesregierung soll das noch brutaler werden, diese Pläne wären ein Horror, ein menschenrechtlicher Dammbbruch, Grundpfeiler des Rechtsstaates würden über Bord geworfen, der Koalitionsvertrag der Ampelregierung konterkariert und Forderungen von AFD, CDU und CSU Realität. Das sagen nicht nur wir, sondern sehr viele.

Zur Ausgangslage: Weltweit hat sich die Zahl der Geflüchteten seit 2013 auf nun 100 Millionen verdoppelt. Die allermeisten bleiben in den ärmsten, krisengeschüttelten Regionen der Welt, während maßgebliche Fluchtursachen auch in den reichen Ländern zu suchen sind: Unterdrückerregimen, Landgrabbing, Klimakatastrophe, Weltwirtschaftssystem... Ich zitiere Jean Ziegler: „... Die Völker der armen Länder arbeiten sich zu Tode...“ Um sich davon abzuschotten, geben EU und Deutschland Milliarden aus.

Kaum bekannt ist, dass Deutschland bis zum Sommer 2021 so wenig Geflüchtete aufgenommen hat wie zuletzt 2012. Jetzt sind es wieder deutlich mehr, aber bei weitem nicht so viele wie uns täglich suggeriert wird. Zahlen und Fakten findet Ihr bei Pro Asyl. (<https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/>)

Dass nun wieder mehr Geflüchtete kommen, ist angesichts der globalen Krisen wenig überraschend. Alles andere und nun die Pläne von EU und Bundesregierung bedeuten noch mehr Tote, noch mehr Verzweifelte in den Wäldern und Grenzcamps, noch mehr push backs... und geht zu Lasten der Länder an den EU-Grenzen wie Kroatien, Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Italien, Litauen... , in denen Geflüchtete häufig in Obdachlosigkeit und fast ohne Unterstützung leben und von Polizeigewalt, Folter und push backs bedroht sind.

Mit unserer Kundgebung reißen wir uns ein in den Protest von vielen: U.a. den **Appell von 50 Organisationen** (u.a. Wohlfahrtsverbände, Kirchen) und den **Offenen Brief von über 700 Rechtsanwält*innen**. Sie appellieren an Bundesregierung, MdBs und Ministerpräsident*innen „Den Schutz für Geflüchtete nicht abzuschaffen“ und

„Grundpfeiler des Rechtsstaates nicht über Bord zu werfen...“ Kopien dieser Dokumente könnt Ihr am Infotisch mitnehmen. Ihr findet sie auch auf den Homepages von Pro Asyl, Republikanischer Anwaltsverein oder unserer.

Anträge gegen die Pläne der Bundesregierung wurden auch auf den bayerischen Landesparteitagen von Bündnis 90/Grüne und SPD beschlossen.

Wenn die Ampelregierung auf all das hört, müssen die Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels geändert werden und darf sie am 8. Juni den EU Plänen nicht zustimmen!

Faire Asylverfahren sind schon hierzulande häufig nicht gewährleistet. Aus Haftanstalten an den EU Außengrenzen ist das völlig ausgeschlossen.

Zur Unterbringung von Geflüchteten appellieren wir und viele seit Monaten, diejenigen ausziehen zu lassen, die woanders wohnen können. Nur 3 Beispiele des Irrsinns:

- ein Geflüchteter aus einer GU in Rgbg darf nicht ins Schülerwohnheim in Wiesau, wo er eine Ausbildung macht. Nun pendelt er seit Sept. täglich
- Eine alte kranke Mutter aus einem Lager im Landkreis darf nicht zu ihren Söhnen nach Augsburg, die Wohnungen haben und sie pflegen würden.
- ein arbeitender der Flüchtling darf nicht in das kleine Appartement, für das er Mietvertrag hat und muss weiter in der GU bleiben.

Also „**Weg mit dem Lagerzwang**“ > **Änderung des Bayer. Aufnahmegesetzes!**

Und statt Ausspielen einer Gruppe von Benachteiligten gegen andere: **Mehr sozialer Wohnungsbau**

Im Sinn des Appells von 50 Organisationen und dem Offenen Brief von über 700 Rechtsanwält*innen an fordern wir:

- **Änderung der Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels - Keine Zustimmung zu den Plänen der EU**